

Experten zur Zukunft des Militärbündnisses

# Trump ist nicht der Totengräber der Nato

US-Präsident Donald Trump ist auch in der Nato ein schwieriger und unberechenbarer Partner.  
Foto: afp



VON SIGRUN EIBNER

NÜRNBERG – Fast scheint es, als ob manche ihre Liebe zur Nato erst wiederentdeckt haben, als sie Donald Trump infrage stellte. Das Verteidigungsbündnis sei „obsolet“, hatte Trump im US-Präsidentschaftswahlkampf getönt und damit in Brüssel und allen europäischen Hauptstädten die Alarmlampen läuten lassen. Nach dem überraschenden Wahlsieg Trumps trieb die Europäer die Frage um, ob der Neue im Weißen Haus nun tatsächlich das westliche Bündnis platzen lassen wolle.

Von solchen Aufregungen will Klaus Naumann nichts wissen. „Die Nato wird an Trump nicht zerbrechen“, erklärt der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr bei der Nürnberger Sicherheitstagung. Schließlich verkörpere Donald Trump nicht ganz Amerika, und das ur-amerikanische System der „checks and balances“ habe ihn bereits mehrfach in die Schranken gewiesen. Und doch sieht der General, der auch viele Jahre an der Spitze des Nato-Militärausschusses stand, keinen Grund, dass sich die Europäer entspannt zurücklehnen könnten. „Die Friedensdividen-

de, auf der sich Europa viele Jahrzehnte ausgeruht hat, gibt es heute nicht mehr“, sagt Naumann. Spätestens mit der Annexion der Krim durch Russland sei die Schwäche Europas erschreckend deutlich geworden. „Wir haben uns lange blind auf die USA verlassen und unsere eigene Sicherheit vernachlässigt“, lautet die Analyse des Militärexperten.



General a.D. Klaus Naumann

„Wir sind auf die USA angewiesen“, sagt auch Johannes Varwick. Der Politikwissenschaftler von der Universität Halle-Wittenberg spricht von einem „Trump-Schock“, der den europäischen Staaten diese Einsicht drastisch vor Augen geführt habe. Die USA könnten ihre Interessen und Ziele auch alleine verfolgen, das gelte aber nicht für die kleineren Bündnispartner.

Auch Klaus Naumann beklagt die mangelnde militärische Handlungsfähigkeit Europas: „Wir müssen dringend mehr in unsere Sicherheit inves-

tieren.“ Dass derzeit gerade einmal vier der 28 Nato-Mitgliedstaaten die Vereinbarung, mindestens zwei Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Verteidigung auszugeben, tatsächlich umsetzen, ist für den General ein unhaltbarer Zustand. Beim Zwei-Prozent-Ziel gehe es nicht um Aufrüstung, macht Naumann klar, sondern um Europas Militärkompetenz. Ohne eine gerechtere Verteilung von Lasten und Risiken sieht auch



Varwick die Nato an einem Scheideweg. Dass der US-Präsident auf eine angemessene Verteilung der Kosten dringt – derzeit steuern die Europäer nur rund 30 Prozent der Verteidigungsausgaben bei, nach dem Ausstieg Großbritanniens werden es gerade noch 21 Prozent sein – sei wenig überraschend und nicht neu. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern trägt Trump diese Forderung jedoch deutlich weniger diplomatisch vor.

Auch Hildebrecht Braun kann sich als langjähriger Moderator der Nürnberger Sicherheitstagung daran erinnern, dass die Forderung, Europa müsse stärker werden, ein echter Dauerbrenner ist. Durch die Wahl Trumps jedoch hat das Thema deutlich an Brisanz gewonnen – was auch am Schwerpunkt der Tagung in diesem Jahr abzulesen ist, die wie stets von der Friedrich-Naumann-Stiftung zusammen mit der Nürnberger Zeitung, der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, dem Deutschen Bundeswehrverband, dem Reservistenverband, der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft und der Clausewitz Gesellschaft veranstaltet wird.

Europa müsse zu einem Partner werden, „auf den man sich verlassen kann“, sagt Naumann und verschweigt auch nicht, dass dadurch auf die Bürger neue Belastungen zukommen werden. Eine Umfrage, derzufolge nur 40 Prozent der Deutschen den östlichen Nachbarn notfalls auch militärisch beistehen würden, offenbare deutliche Defizite auf dem Weg zu diesem Ziel. „Nur wer solidarisch handelt, kann Europas Schutz garantieren“, erklärt der General. Seiner Vorstellung nach muss deshalb nicht nur

in die militärische Leistungsfähigkeit Europas investiert werden, sondern auch das Bündnis selbst den veränderten Gegebenheiten angepasst werden. Am Prinzip der Einstimmigkeit, mit dem der Kurs der Nato festgelegt wird, darf nach Naumanns Ansicht nicht gerüttelt werden. Doch in allen anderen Bereichen, etwa der Finanzierung von Einsätzen, brauche es neue Vereinbarungen.



Politikprofessor J. Varwick

„Nicht Abkoppelung, sondern Investition ist das Gebot der Stunde“, bekräftigt auch Varwick. Der Politikexperte will deshalb in Zeiten Trumps nicht von einer „Emanzipation“ Europas sprechen, sondern von der Aufgabe, die transatlantischen Beziehungen aufrechtzuhalten. „Trump ist nicht der Totengräber der Nato“, sagt Varwick und ist sich darin mit Naumann einig, der darauf hofft, dass Trump in seinem Druck auf die Partner nicht nachlässt: „Das ist Europas Chance.“

Politikwissenschaftlerin Cécile Prinzbach:

## Was Macron mit Europa vorhat

NÜRNBERG – Emmanuel Macron ist ein Freund Europas, ein sehr guter sogar. Das wurde während des französischen Wahlkampfes für die Präsidenten- und die darauffolgenden Parlamentswahlen schon sehr bald deutlich. Doch wie sieht es jetzt aus, nach dem überwältigenden Wahlsieg Macrons und seiner Bewegung La République en Marche (REM)? Was hat Europa von dem agilen Franzosen zu erwarten?

Darüber hat sich die deutsch-französische Politikwissenschaftlerin Cécile Prinzbach Gedanken gemacht. Und auf der Sicherheitstagung auch ein wenig aus dem Nähkästchen geplaudert, war sie doch im Lokalkomitee für Macrons Wahlkampfteam tätig. Der Präsident wolle nicht nur eine komplette Erneuerung der Politik und sehe Frankreich als eine „Startup-Nation“, als ein Land, in dem wieder Mut herrschen müsse. Er sei vor allem auch ein „Verteidiger der europäischen Idee“ und setze auf eine Renaissance der europäischen Grundwerte, aus der er zahlreiche Visionen für die Praxis ableitet, die in ihrer Tragweite durchaus aufhorchen lassen. Zum Beispiel eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik mit einem eigenen Verteidigungshaushalt.



Politikwissenschaftlerin Cécile Prinzbach

aber mit den Geldern Finanzlöcher gestopft werden. Auch die Steuerflucht wolle Macron europaweit bekämpfen.

Mit seinem Plädoyer für eine Kohlesteuer dürfte er sich in Deutschland allerdings wenig Freunde machen – in Frankreich kommt 80 Prozent des Stroms noch aus Atomkraft. Er will diesen Anteil allerdings möglichst bald auf 50 Prozent senken – zugunsten der erneuerbaren Energien. Die europäische Klimaschutzpolitik trägt er nicht nur mit, er wolle sogar „in die Klimaschutzlücke springen, die die USA hinterlassen haben“, sagt Prinzbach. Ihm schwebt vor, Frankreich zu einer führenden Klimaschutz-Nation zu machen.

Doch Kohlesteuer hin oder her – die deutsch-französische Zusammenarbeit sieht er als Motor künftiger Politik, ein Klima des Vertrauens unter diesen beiden wichtigen EU-Nationen, eine Kooperation auf Augenhöhe sei sein erklärtes Ziel. Zugleich sei er bereit, Frankreichs Sitz im Sicherheitsrat in einen europäischen Sitz umzuwandeln.

In Sachen Syrien-Politik verfolgt Macron seine eigene Linie: Darüber möchte er so bald wie möglich mit Russland verhandeln – und sich nicht sofort von Baschar al-Assad als Präsidenten verabschieden, um ein Sicherheitsrisiko durch das drohende Machtvakuum zu verhindern.  
Stephanie Rupp

Oberst Peter Kallert gibt Einblicke in Europas Sicherheitspolitik

## Wie realistisch ist eine EU-Armee?

VON STEPHANIE RUPP

NÜRNBERG – Was tun, wenn 28 EU-Mitgliedsstaaten über 17 unterschiedliche Waffensysteme verfügen? Wenn es Mitgliedsstaaten gibt, die eine eigene Rüstungsindustrie haben und somit massive nationale Arbeitsmarktinteressen verfolgen? Wenn es andere Mitgliedsstaaten gibt, die gar nicht daran denken, in größerem Maßstab Soldaten aus ihren nationalen Armeen abzuziehen und einer gemeinsamen europäischen Armee zur Verfügung zu stellen oder die eigene Armee langfristig sogar ganz aufzugeben? Und die auch keinerlei Interesse daran haben, riesige Finanzmittel für die Finanzierung einer schlagkräftigen, gemeinsamen europäischen Armee aufzuwenden? All diese Fragen stellt Oberst Peter Kallert, Chef des Stabes im Büro des Vorsitzenden des EU-Militärausschusses, bei der Nürnberger Sicherheitstagung in den Raum.

Es sind Fragen, die sich ein erfahrener Praktiker stellen muss, wenn es um die derzeit heiß diskutierte Frage einer gemeinsamen europäischen Armee geht – als Antwort auf Donald Trumps Drohung eines militärischen US-Rückzugs aus Europa. „Das ist eine politische Entscheidung. Die Mitgliedsstaaten sitzen im Fahrersitz“, betont der Militärexperte, der in Kronach aufgewachsen ist und der über 40 Jahre militärische Erfahrung verfügt.

Aber wenn die Entscheidung eines Tages getroffen würde – und das müsste sie dann von allen 28 EU-Staaten gemeinsam – dann wäre er persönlich auf keinen Fall dagegen. Sondern er würde dies als Auftrag sehen, eine solche Armee schnellstmöglich mit aufzubauen.

Doch mal abgesehen von der fehlenden politischen Entscheidung, eine derartige Armee aus der Taufe zu heben („Eine solche Entscheidung könnte im Übrigen gar nicht die EU treffen, sondern das müssten die nationalen Parlamente tun“), seien die orga-

nisatorischen Vorarbeiten dafür in Wirklichkeit gar nicht mal so schlecht, wie Kallert deutlich macht: „Zwar sagen derzeit alle, wir brauchen eine europäische Armee. Aber ich sage: Wir haben ja schon eine. Denn es sind ja bereits 28 Staaten gemeinsam in mehreren Einsätzen der EU vertreten – und wir haben in den vergangenen Monaten bei der militärischen Zusammenarbeit auf EU-Ebene wirklich sehr viel vorangebracht.“

Damit meint er nicht nur die gemeinsamen EU-Ausbildungsmissionen von Soldaten unter anderem in Somalia, in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali. Seit 2001 hat die EU 35 Operationen im zivilen oder militärischen Bereich geleistet – immer basierend auf der gemeinsamen Entscheidung aller Mitgliedsstaaten. Auch die Mission Atalanta zum Schutz von humanitären Hilfslieferungen nach Somalia, der freien Seefahrt und zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias gehört dazu. Oder, ganz aktuell: die Operation Sophia, deren Kernauftrag es ist, zur Aufklärung von Schleusernetzwerken

auf der zentralen Mittelmeerroute beizutragen. Die Soldaten dürfen dazu auf hoher See gegen Boote vorgehen, die von Schleppern genutzt werden. 450 dieser oft lebensgefährlichen Boote haben sie bereits zerstört. Die Soldaten haben außerdem 37 000 Menschen aus Seenot gerettet. Und 120 Mitglieder der libyschen Küstenwache ausgebildet.

Vor allem aber gibt es darüber hinaus bereits einige Institutionen auf EU-Ebene, die organisatorisch für diese Einsätze zuständig sind und militärisches Fachwissen bereitstellen. So hat der EU-Militärausschuss, dem Kallert angehört, 200 Soldaten.

Er ist ein Beratungsorgan des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK). An der Spitze steht derzeit der aus Griechenland stammende General Mikhail Kostarakos, der die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini direkt berät. Kallert bereitet die entsprechenden Sitzungen vor, wie er in Nürnberg verraten hat.



Trotz heißer Temperaturen folgten die zahlreichen Besucher der Sicherheitstagung aufmerksam den Fachvorträgen.  
Foto: Roland Fengler